



Ausgabe II/2022

Wahnsinn kennt keine Sieger

Ich habe dem Editorial in unserem vorigen Heft den Titel „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht“ gegeben. Leider bestätigen die unvorstellbaren Ereignisse in und um die Ukraine diese Aussage. Inzwischen wird allerorts von einer Zeitenwende gesprochen und eine radikale Veränderung der globalen Politik gefordert. Nach endlosen und zum Teil quälenden Diskussionen, die wir alle in den letzten Wochen geführt haben, befürchte ich allerdings, dass die Richtung, die in Zukunft eingeschlagen werden soll, mehr als umstritten ist. Die einen sehen in weiterer Aufrüstung und Militarisierung das Heil, andere lehnen Krieg grundsätzlich als Lösungsmechanismus ab und verlangen eine stärkere Hinwendung zu friedlichen Methoden, wieder andere sehen es für absolut notwendig, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und daraus Grundlagen für eine andere, bessere, friedlichere Politik zu erarbeiten. Mit einem Wort, dieser verbrecherische Krieg hat uns alle davon überzeugt, dass es so nicht weitergehen kann, das Wie aber höchst umstritten, mitunter auch fragwürdig ist.

Es führte daher auch für INTERNATIONAL kein Weg daran vorbei, den Ukraine Konflikt ebenfalls in den Mittelpunkt unseres aktuellen Heftes zu stellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang zunächst die umfangreiche Analyse des Klagenfurter Friedensforschers Prof. Werner Wintersteiner erwähnen, der ich auch den Titel meines heutigen Vorwortes Wahnsinn kennt keine Sieger entlehnt habe. Dieser umfangreiche Text befasst sich – im Gegensatz zu fast allen aktuellen Medienberichten über den Krieg in der Ukraine – nicht mit den kaum übersehbaren Details dieses verbrecherischen Krieges sondern behandelt das internationale Umfeld, welches im Wesentlichen dafür verantwortlich ist, dass dieser regionale Konflikt die gesamte Welt an den Rand eines Weltkrieges gebracht hat. Es geht dem Autor nicht darum, die Akteure in „Gute“ und „Böse“ zu teilen, den „Bösen“ dann die Schuld für

Ereignisse zuzuschreiben (obwohl man die Verantwortlichkeiten und die spätere rechtliche Aufarbeitung absolut nicht aus den Augen verlieren darf!) sondern um eine durchaus selbstkritische Reflexion, wie es zu diesem Fiasko kommen konnte. So stellt Wintersteiner die durchaus berechtigte Frage, wieso es so weit kam, dass man die durchaus bestehenden Warnungen einfach nicht zur Kenntnis genommen und rechtzeitig korrigierende Maßnahmen gesetzt hat. Es wird seiner Überzeugung nach absolut nicht ausreichen, die Spuren dieser unvorstellbaren Aggression zu beseitigen (sofern das überhaupt möglich sein kann), eine grundlegende Änderung der Politik ist notwendig, wie ich es bereits mit dem Titel meines Editorials im vorigen Heft auf den Punkt gebracht habe. Eine Information, welche man in den Mainstreammedien vergeblich sucht, möchte ich aus Wintersteiners Beitrag besonders hervorstreichen: Es existiert in der Ukraine auch ein gewaltloser Widerstand in Form der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung. Dass es nach den Ereignissen im Jahre 2014 in der ukrainischen Bevölkerung eine starke Präferenz für einen gewaltlosen Widerstand gab, ist bei uns kaum bekannt, was wohl auf die militante Öffentlichkeitsarbeit der ukrainischen Regierung und ihrer US/NATO-Aliierten zurückzuführen ist.

Die wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges analysiert unser Redaktionsmitglied Kurt Bayer.

Neutralität als alternative Lösung?

In der seit geraumer Zeit geführten politischen/politikwissenschaftlichen Debatte über die verfassungsrechtliche Positionierung der Ukraine wird – im Gegensatz zu einem NATO-Beitritt – die Wahl eines neutralen, paktungebundenen Status des Landes zur Diskussion gestellt. Bekanntlich war die Ukraine zwischen 1991 und 2014 bereits neutral und hat diesen Status nach den innen-

Besucht den YouTube-Kanal von **International**

<https://www.youtube.com/c/InternationalZeitschrift/videos>

politischen Veränderungen infolge des „Euromaidan“ und der russischen Besetzung der Krim abgelegt. Zuletzt wurde die Wiedereinführung eines neutralen Status wieder verstärkt als möglicher Beitrag der Reduzierung der russisch-ukrainischen Konflikte in Erinnerung gebracht. Hier wird immer wieder auf Österreich Bezug genommen, welches immerhin 1955 durch die Wahl der „immerwährenden Neutralität“ seine Unabhängigkeit wieder erlangen konnte. Obwohl mehr als zwei Drittel der Bevölkerung unverändert an diesem Status festhalten möchte, ist zuletzt in Österreich selbst auch eine Debatte über den Sinn darüber entstanden. Wir haben daher Vertreter*innen der SPÖ und der Grünen zu Stellungnahmen zu diesem Thema eingeladen. Jene der SPÖ stammt vom wehrpolitischen Sprecher Robert Laimer, jene der Grünen von der außenpolitischen Sprecherin Ewa Dziedzic und vom wehrpolitischen Sprecher David Stögmüller.

Dass die Diskussion um den Neutralitätsstatus europäischer Staaten eine weitgehend vergessene historische Dimension hat, erläutert der umfangreiche Beitrag von Prof. Michael Gehler über den im Jahr 1952 gemachten sowjetischen Vorschlag, einer deutschen Wiedervereinigung unter der Auflage einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands zuzustimmen. Obwohl die USA ursprünglich diesen Vorschlag nicht brüsk abgelehnt haben, wurde er nicht weiter verfolgt. Dafür war der massive Einspruch des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer verantwortlich. Unser Redaktionsmitglied Prof. Heinz Gärtner bringt auch noch für die heutige Debatte nicht unbedeutende Ergänzungen, indem er vor allem einige inneramerikanische Diskussionen über die Frage der Neutralisierung von Teilen Europas dokumentiert.

Schließlich möchte ich auch noch einen Beitrag empfehlen, welcher in gewisser Weise auch mit dem Ukraine Konflikt zu tun hat. Die beiden Experten des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) Oliver Reiter und Robert Stehrer berichten über eine Studie ihres Institutes über die – an sich auch bereits während der Covid-19-Pandemie aufgetretenen – Störungen der internationalen Lieferketten.

Auch sonst ist Einiges los

Somit möchte ich noch einen kurzen Überblick über das restliche Heft, welches übrigens etwas weniger umfangreich ausgefallen ist als unsere letzten Hefte, geben. Wie ich bereits in meinen letzten Videos auf unserem YouTube Kanal festgestellt habe, ist leider auch der Rest der Welt in einer höchst bedenklichen Situation: Krisen, Kriege, Armut, wohin immer man auch blickt. Unser Entsetzen über die Verbrechen in der Ukraine sind berechtigt und verständlich, man sollte halt nicht ganz Ereignisse wie den Krieg im Jemen, die von USA/NATO im Stich gelassenen Menschen in Afghanistan, das „dank“ eines vom Westen geführten Krieges weitgehend zerfallene Libyen, den ebenfalls „dank“ eines völkerrechtswidrigen Angriffes der USA und einiger NATO-Williger kaum regierbaren Irak, die katastrophale Situation in vielen afrikanischen Staaten etc. etc. vergessen. Das Alles erinnert uns daran, dass es nicht so weitergehen kann ...

Wir befassen uns weiters mit dem Nahen Osten, einer unserer traditionellen Schwerpunkte und für Europa besonders neuralgischen Krisenregion und zwar mit Ägypten, Libanon und Tunesien.

Der Beitrag eines führenden usbekischen Diplomaten über die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) soll uns daran erinnern, dass es auch andere weltweite Kräfte gibt, welche für Frieden, Völkerverständigung und wirtschaftliche Entwicklung arbeiten. Sie vertreten ein anderes politisches und wirtschaftliches Konzept als die neoliberalen USA und ihre Verbündeten. Zur Vermeidung der weiteren Vertiefung bereits bestehender Nord-Süd-Konflikte wäre es meines Erachtens äußerst sinnvoll, diese Entwicklungen ernst zu nehmen sowie konstruktive und auch faire Beziehungen aufzubauen.

Forschung und Wissenschaft

Zum Abschluss möchte ich noch auf ein Thema eingehen, welches uns als unabhängigem und kritischem Medium ein großes Bedürfnis ist: die Beziehungen zwischen Politik und Öffentlichkeit auf der einen und Forschung und Wissenschaft auf der anderen Seite. Uns ist es ein großes Anliegen, an der Verbreitung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen mitzuwirken und dadurch auch den einen oder anderen Veränderungsprozess zu unterstützen. Wir laden daher seit Beginn des Vorjahres Vertreter*innen der heimischen Forschung ein, kurze Kommentare zu aktuellen Fragen zu verfassen. Diese werden dann jeweils an die Spitze jedes Heftes gestellt.*) Zusätzlich haben wir ebenfalls bereits im Vorjahr eine Kooperation mit einer neuen wissenschaftlichen Institution, dem Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte, vereinbart. Wir publizieren daher regelmäßig Beiträge aus diesem äußerst wichtigen Gebiet. In diesem Heft ist dies der Artikel „Mehr Resilienz gegen anti-demokratische Phänomene“, ein Thema, welches gerade angesichts der Covid-19 und der Ukraine Krise von großer Aktualität ist.

In diesem Heft gehen wir einen Schritt weiter: Wir publizieren wissenschaftliche Texte auch in englischer Originalsprache. Diesmal ist es ein Thema, welches nicht nur in den Staaten des Globalen Südens sondern sehr wohl auch im reichen Norden von immenser Bedeutung ist: Basiseinkommen. Wir berichten über die Studie zweier junger Wissenschaftlerinnen: Diana Bashur und Sissela Matzner.

Somit haben wir versucht, wieder eine bunte Mischung aktueller, relevanter und auch provokanter Texte zusammenzustellen und ich hoffe, dass wir Geschmack und Interessen unserer Leser*innen einigermaßen getroffen haben. Übrigens möchte ich auch wieder einmal auf unseren YouTube Kanal verweisen, wo man zwischen den sechs gedruckten Heften im Durchschnitt ein- bis zweimal pro Woche zumindest von uns hören kann. Über jedes „Like“ und noch mehr über jedes (kostenlose) Abo auf YouTube freuen wir uns. 📌

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

*) *In diesem Heft haben wir mit Dr. Maria Berger eine besonders kompetente Persönlichkeit für diesen Kommentar gefunden. Sie ist als ehemalige Justizministerin und EuGH-Richterin nicht nur ausgewiesene Praktikerin sondern als Honorarprofessorin für Europarecht der UNI-Wien auch wissenschaftlich tätig. Sie schreibt über die Zukunft des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union (Stichwort Polen, Ungarn).*